

AI

Verkehrsausschuß

Protokoll

51. Sitzung (nicht öffentlich)

24. November 1988

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 bis 15.30 Uhr

Vorsitzender: Abg. Kröhan (SPD)

Stenograph: Theberath

Verhandlungspunkte und Ergebnisse

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1989

(Haushaltsgesetz 1989)

Seite 1

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 10/3500, 10/3740

Vorlagen 10/1742, 10/1754, 10/1759

Zuschriften 10/2164, 10/2193, 10/2210

Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Kapitel 08 080 - Förderung der Luftfahrt

Der Verkehrsausschuß nimmt Kapitel 08 080 in unveränderter Fassung mit den Stimmen von SPD und CDU bei Enthaltung der F.D.P. an.

Berichterstatter: Abg. Böse (SPD)

Verkehrsausschuß
51. Sitzung

24.11.1988
the-ro

Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung, Wohnen
und Verkehr

Der Verkehrsausschuß stimmt über die in den vorhergehenden Beratungen noch offengebliebenen Titel und die dazu vorliegenden Anträge mit den im Diskussionsteil festgehaltenen Einzelergebnissen ab.

In der Schlußabstimmung nimmt der Ausschuß die ihn betreffenden Kapitel des Einzelplans 11 in unveränderter Fassung mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. an.

Berichterstatter: Abg. Böse (SPD)

- 2 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1989
(Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 1989)

Seite 13

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/3502

Beratung und Beschlußfassung der den Verkehrsausschuß betreffenden Paragraphen

Der Verkehrsausschuß nimmt die ihn betreffenden §§ 4, 24, 26, 27, 35, 36, 37, 38 und 39 mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. an.

Berichterstatter: Abg. Böse (SPD)

- 3 Verbesserung der Verkehrssicherheit

Seite 13

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/2406
Zuschrift 10/2305

Beratung

Der Ausschuß nimmt eine Stellungnahme des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr entgegen und kommt überein, unter den Fraktionssprechern einen weiteren Beratungstermin für eine Sitzung im Frühjahr des nächsten Jahres zu vereinbaren.

Verkehrsausschuß
51. Sitzung

24.11.1988
the-ro

- 4 Untersuchungen zum Einsatz von Materialien des Schutt-
Recyclings im Straßenbau Seite 22

Vorlage 10/1675

Bericht des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und
Verkehr

Beratung

Der Ausschuß vertagt die Beratung auf seine Sitzung
im Januar 1989 und erwartet in der Zwischenzeit
einen schriftlichen Bericht des Ministers für Stadt-
entwicklung, Wohnen und Verkehr.

- 5 Entwurf einer Verordnung über die Bestimmung der zuständi-
gen Behörden nach dem Übereinkommen vom 1. September 1970
über internationale Beförderungen leicht verderblicher
Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel,
die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP) Seite 23

Vorlage 10/1889

Beratung und Beschlußfassung

Der Ausschuß nimmt die Vorlage 10/1889 zur Kenntnis.

- 6 Verschiedenes Seite 23

Siehe Diskussionsteil.

Nächste Sitzung: 1. Dezember 1988 - nach Möglichkeit ausnahms-
weise vormittags -: Steuerung
und Finanzierung des ÖPNV in
Nordrhein-Westfalen

Ausbau der Eisenbahnstrecke
Dortmund - Kassel

Schnellbahnverbindung Paris -
Brüssel - Köln - Frankfurt

Bearbeitung von Planfeststel-
lungsbeschlüssen für Bundesfern-
straßen

Verkehrsausschuß
51. Sitzung

24.11.1988
the-ro

Aus der Diskussion

Zu 1: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1989 (Haushaltsgesetz 1989)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/3500, 10/3740
Vorlagen 10/1742, 10/1754, 10/1759
Zuschriften 10/2164, 10/2193, 10/2210

Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Kapitel 08 080 - Förderung der Luftfahrt

Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Kapitel 11 020, 11 460, 11 470, 11 490, 11 500

Beratung und Beschlußfassung

Der Vorsitzende macht einleitend auf die Drucksache 10/3780 mit der 2. Ergänzung der Landesregierung zu den Gesetzentwürfen in Drucksachen 10/3500, 10/3502 und 10/3740 sowie auf die Vorlage 10/1915 des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr aufmerksam, die das Bauprogramm 1989 für Landesstraßen als Anlage zu Kapitel 11 510 Titel 883 40 enthalte.

Einzelplan 08: Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Kapitel 08 080 - Förderung der Luftfahrt

Abg. Dreyer (CDU) erinnert daran, daß er in der letzten Sitzung einen eventuellen Antrag hinsichtlich des Problems Paderborn angekündigt habe. Man habe sich aber in einer Gesprächsrunde darauf verständigt, daß dieses Problem wohl nur auf einem Investitionswege gelöst werden könne. Die CDU verzichte deshalb heute darauf, einen Antrag zu stellen.

Abg. Böse (SPD) bittet das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie um gelegentliche Erläuterung, wie dies geschehen könne.

Verkehrsausschuß
51. Sitzung

24.11.1988
the-ro

Der Ausschuß nimmt Kapitel 08 080 in unveränderter Fassung mit den Stimmen von SPD und CDU bei Enthaltung der F.D.P. an.

Berichterstatter: Abg. Böse (SPD)

Einzelplan 11: Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Kapitel 11 020 - Allgemeine Bewilligungen

Der Ausschuß nimmt Kapitel 11 020 mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimme der F.D.P. an.

Kapitel 11 460 - Allgemeine Bewilligungen - Verkehr

Der Ausschuß nimmt den in der vorhergehenden Sitzung zurückgestell-
ten Titel 537 00 - Landesverkehrsplanung - mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimme der F.D.P. an.

Der Ausschuß nimmt die in der vorhergehenden Sitzung eben-
falls zurückgestellte Titelgruppe 60 - Untersuchungen auf allen Gebieten der Verkehrsverwaltung - mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimme der F.D.P. an.

Der Ausschuß nimmt Kapitel 11 460 mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimme der F.D.P. an.

Kapitel 11 470 - Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs

Der zurückgestellte Titel 891 20 - Zuschüsse für Investitionen an die Deutsche Bundesbahn zur Verbesserung der Nahverkehrsbedien-
gung - wird mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimme der F.D.P. angenommen.

Der Ausschuß stimmt Kapitel 11 470 mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimme der F.D.P. zu.

Verkehrsausschuß
51. Sitzung

24.11.1988
the-ro

Kapitel 11 490 - Förderung der Schifffahrt

Das Kapitel 11 490 wird mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimme der F.D.P. angenommen.

Abg. Dreyer (CDU) merkt hierzu an, daß es offenbar größere Probleme mit der Erweiterung des Containerhafens in Köln gebe, als man dies bisher zur Kenntnis genommen habe. Er schlägt eine Berichterstattung hierüber in einer der nächsten Sitzungen vor.

Der Vorsitzende bittet um eine schriftliche Mitteilung, falls gewünscht werde, diesen Punkt in die Tagesordnung einer Sitzung des Verkehrsausschusses aufzunehmen.

Kapitel 11 500 - Straßen- und Brückenbau

Abg. Dreyer (CDU) weist darauf hin, daß die CDU zwar keine Änderungsanträge zu diesem Kapitel gestellt habe, aber dennoch dagegen stimmen werde, weil hier die Befrachtung stattfindet, die seine Fraktion immer kritisiert habe. Nach Auffassung der CDU gehörten alle Straßenbaumittel in dieses Kapitel, und zwar finanziert durch den Landeshaushalt und nicht durch die Mittel, die eigentlich den Gemeinden zuständen.

Der Ausschuß nimmt die zurückgestellten Titel 653 10 - Entwurfsbearbeitung (einschließlich Planung) und Bauaufsicht bei Baumaßnahmen an Bundesfernstraßen - und 653 20 - Unterhaltung und Instandsetzung der Landesstraßen in der Baulast der Landschaftsverbände - mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. an.

Das Kapitel 11 500 wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Kapitel 11 510 - Zuweisungen an die Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände im Rahmen des Kraftfahrzeugsteuerverbundes

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß alle Titel dieses Kapitels zurückgestellt worden seien.

Verkehrsausschuß
51. Sitzung

24.11.1988
the-ro

Die Titel 613 00 - Schlüsselzuweisungen an Gemeinden gemäß § 7 GFG 1989 -, 653 10 - Unterhaltung und Instandsetzung der Landesstraßen in der Baulast der Landschaftsverbände - sowie 653 20 - Entwurfsbearbeitung (einschließlich Planung) und Bauaufsicht bei Baumaßnahmen an Landesstraßen - werden mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimme der F.D.P. angenommen.

Abg. Dreyer (CDU) erläutert die in der Anlage zu diesem Protokoll aufgeführten Anträge seiner Fraktion zu den Titeln 883 10 - Pauschalierte Förderung investiver Maßnahmen der Gemeinden gemäß § 23 Abs. 1 GFG 1989 - und 883 40 - Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans -.

Dabei gehe es darum, von den Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, die im Jahre 1989 einen Bereitstellungsrahmen von 260 Millionen DM ausmachten, 20 Millionen DM abzuziehen und dafür die Finanzierung von Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans in dieser Höhe aufzustocken.

Diese einfach klingende Aktion erfordere, wie aus dem schriftlich vorliegenden Antrag hervorgehe, eine Fülle von Umbuchungen, weil diese Änderung über das GFG abgewickelt werden müsse.

Es sei festzustellen, daß sich gerade im Jahre 1989 die Minderung dieser Ansätze sehr nachteilig auswirke. Dies sei in ganz besonderem Maße im Landesteil Westfalen-Lippe der Fall, wo laufende Projekte nicht ordentlich bedient werden könnten. Daher sei eine Aufstockung der Mittel dringend erforderlich.

Zwar stimmten die Zahlen in dem vorgelegten Antrag wegen der in den letzten Tagen erschienenen 2. Ergänzungsvorlage zum Haushalt 1989 nicht mehr; an der mit dem Antrag verfolgten Absicht aber ändere sich dadurch nichts.

Abg. Böse (SPD) kündigt an, daß seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde, weil er nicht ausreichend begründet und der Deckungsvorschlag unseriös sei. Die SPD könne aus dem Stand nicht beurteilen, ob es gerechtfertigt sei, bei den Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, wie vorgeschlagen, 20 Millionen DM zu streichen, ob also von seiten der Kommunen nicht sogar Anträge auf mehr Mittel vorlägen, als sie das Land für 1989 zur Verfügung stelle. Wer solche Anträge stelle, müsse den anderen Fraktionen zumindest die Chance einer Nachprüfung geben.

Auch seine Fraktion habe immer wieder ihre Meinung vorgetragen, daß die Mittel für den Landesstraßenbau aufgestockt werden müßten. Allerdings wisse man bisher nicht, in welcher Größenordnung sie erhöht werden müßten. Er bittet daher die Landesregierung, von den Landschaftsverbänden mit Blick auf den Haushalt 1990 feststellen zu lassen, welche konkreten Maßnahmen in den kommenden Jahren mit welchen Raten bedient werden müßten. Auf einer solchen Grundlage

Verkehrsausschuß
51. Sitzung

24.11.1988
the-ro

könnte man dann entscheiden, für welche Maßnahmen die Mittel in welcher Größenordnung eingesetzt werden sollten und welche Anforderungen die finanziellen Möglichkeiten überstiegen.

Er sei auch nicht bereit, ohne jede Rücksprache mit den Mitgliedern des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen in die Kompetenzen dieses Ausschusses einzugreifen und über Mittel zu verfügen, die in die Zuständigkeit eines anderen Ausschusses fielen. Er erwarte daher von der Landesregierung einen Bericht, was konkret mehr benötigt werde, um daraus dann politische Konsequenzen ziehen und entscheiden zu können, ob und, wenn ja, in welcher Größenordnung die Mittel aufgestockt werden könnten.

Abg. Dreyer (CDU) weist darauf hin, daß er mit dem CDU-Arbeitskreis für Städtebau und Wohnungswesen, der für die Stadterneuerungsmittel zuständig sei, hierüber Gespräche geführt habe.

Der Bereitstellungsrahmen mache insgesamt 708 Millionen DM aus, wovon 260 Millionen DM für die Verkehrsberuhigung vorgesehen seien. Der Bewilligungsrahmen an Barmitteln für das nächste Jahr betrage zwar nur 54,5 Millionen DM; aber die CDU halte es, ohne damit die Rechtfertigung der beabsichtigten Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in Zweifel ziehen oder in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen zu wollen, angesichts des großen Bedarfs im Bereich des Landesstraßenbedarfsplans/Landesstraßenausbauplans für gerechtfertigt, die Verkehrsberuhigungsmaßnahmen etwas zu strecken.

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe könne eine Fülle von Maßnahmen nicht so bedienen, wie dies notwendig wäre. Dabei sei man bei den Anmeldungen schon davon ausgegangen, daß größere Projekte gar nicht erst in Angriff genommen werden könnten, und zwar auch Maßnahmen, die im Ausbauplan enthalten seien, die man also gemeinsam beschlossen habe. Insofern seien auch die von der CDU beantragten 20 Millionen DM nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Den Vorwurf, der Deckungsvorschlag sei nicht seriös, weise er zurück. Der Vorschlag sei seriös und entspreche den Notwendigkeiten.

Im übrigen sehe sich seine Fraktion außerstande, die Vorlage 10/1915 mit den einzelnen Baumaßnahmen, die an sich Bestandteil des Haushaltsplans sei, heute abschließend zu beraten, da sie der Fraktion erst vorgestern zugegangen sei. Er schlage daher vor, heute nur die Ansätze des Haushaltsplans zu beraten und sich über einen Weg zu verständigen, wie man mit der Vorlage 10/1915 verfahren könne.

Der Vorsitzende unterstreicht, daß die Vorlage 10/1915 Bestandteil des Haushalts sei und mit der heutigen Beschlußfassung ebenfalls verabschiedet werde; sie werde dem Ausschußbericht als Anlage beigefügt. Veränderungen seien dann nur noch innerhalb der beschlossenen Positionen möglich.

Verkehrsausschuß
51. Sitzung

24.11.1988
the-ro

Abg. Hunger (SPD) betont, daß die für 1989 vorgesehenen Maßnahmen der Verkehrsberuhigung dringend erforderlich seien. Infolgedessen sei der Deckungsvorschlag zu Lasten der Verkehrsberuhigungsmaßnahmen nicht seriös. Zwar könnte der Verkehrsausschuß formal eine solche Entscheidung treffen, doch würde das zwangsläufig zu größter Unruhe bei denjenigen führen, die mit diesen Maßnahmen der Verkehrssicherheit rechneten.

Abg. Böse (SPD) räumt ein, daß er das Bauprogramm 1989 - Vorlage 10/1915 - auch erst vorgestern erhalten habe, was er allerdings nicht für entscheidend halte, weil die Liste praktisch als eine Erläuterung des Titel 883 40 anzusehen sei und die Einzelansätze im Bedarfsfall untereinander umgeschichtet werden könnten. Insofern sei es also nicht schädlich, wenn mit der heutigen Beschlußfassung über diesen Titel auch die Liste mitverabschiedet werde.

Einer pauschalen Erhöhung der Ansätze für Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans könne er jedenfalls nicht zustimmen. Er bitte statt dessen die Landesregierung um eine konkrete Auflistung, was in 1989 bei realistischer Betrachtung zusätzlich verbaubar wäre.

Andererseits müßten auch die Landschaftsverbände darauf hingewiesen werden, daß ihnen vom Land ein finanzieller Rahmen vorgegeben worden sei, innerhalb dessen sie ihre Bauentscheidungen zu treffen hätten. Notfalls müßten sie halt Prioritäten setzen.

Er wehrt sich dagegen, einerseits einen Abbau der Verschuldung zu fordern, andererseits aber Aufstockungen zu beantragen, von denen man im Augenblick noch nicht einmal wisse, ob sie in dieser Höhe gerechtfertigt oder ob sie zu hoch bzw. zu niedrig veranschlagt seien. Ein solches Verfahren lehne er als unseriös ab.

Wenn die Landesregierung mitgeteilt habe, ob die für 1989 vorgesehenen 150 Millionen DM ausreichen bzw. um wieviel Millionen DM der Ansatz zu niedrig veranschlagt sei, dann könne man für den Haushalt 1990 die Konsequenzen daraus ziehen und einen realistischen Ansatz als den jetzigen zugrunde legen.

Staatssekretär Dr. Nehrling (MSWV) erinnert daran, daß die Landesregierung in früheren Zeiten die Liste über die in das Landesstraßenausbauprogramm aufzunehmenden Strecken zusammen mit dem Etatentwurf vorgelegt habe. Zwangsläufig sei diese Liste dann zum Zeitpunkt der Haushaltsberatungen schon weitgehend überholt gewesen. Deshalb sei auf Wunsch des Verkehrsausschusses das Verfahren geändert worden, so daß nun eine ganz aktuelle Liste vorliege, die dem Landtag aber bedauerlicherweise erst vor wenigen Tagen zugegangen sei. Die Landesregierung werde sich demnächst um eine frühzeitigere Zuleitung bemühen. Dabei sei sie allerdings auch von den Landschaftsverbänden abhängig.

Verkehrsausschuß
51. Sitzung

24.11.1988
the-ro

Nach Auskunft seiner Mitarbeiter seien aber alle Strecken, die, von welcher Seite des Landtags auch immer, genannt worden seien, in der Liste enthalten. Die Liste sei im übrigen mit den Landschaftsverbänden abgestimmt, so daß der Ausschuß, wenn er die Liste im Zuge der heutigen Haushaltsberatungen mit verabschiede, nur ein ganz geringes Risiko eingehe. Für den Fall, daß noch die eine oder andere Änderung vorgenommen werden solle, bestehe, da es sich ja um die Erläuterungen auf der rechten Seite des Haushaltsplans handle, wie in jedem Jahr die Möglichkeit, entsprechende Wünsche über den Mittelausgleich zu berücksichtigen.

Was den Änderungsantrag der CDU betreffe, so sei in der entsprechenden Sitzung des Städtebauausschusses gestern der betreffende Titel in seiner Ursprungssumme verabschiedet worden. Wenn er hinzufüge, daß gestern kein Kürzungsantrag der CDU vorgelegen habe, sondern nur für heute ein Erhöhungsantrag angekündigt worden sei, so wolle er damit nur deutlich machen, daß das Verfahren gestern im Städtebauausschuß "etwas pauschal" gelaufen sei.

Im übrigen fänden die Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, die in der Trägerschaft der Kommunen durchgeführt würden, einen hohen Zuspruch, und zwar auch bei der Bevölkerung. Es gebe dazu eine Fülle von Anträgen. Er bestätige den von Abg. Dreyer (CDU) genannten Bewilligungsrahmen von 700 Millionen DM, füge aber hinzu, daß dem ein Antragsvolumen von immerhin 2,1 Milliarden DM gegenüberstehe.

Abg. Dreyer (CDU) hält alle gegen die CDU-Anträge vorgebrachten Argumente für nicht stichhaltig. Wünschbare Verkehrsberuhigungsmaßnahmen könnten angesichts des großen Bedarfs beim Landesstraßenbau etwas langsamer durchgeführt werden; sehr viele Baustellen seien nämlich geradezu "notleidend", so daß man die Prioritäten hätte verschieben müssen.

Was die Vorlage 10/1915 betreffe, so sei sie selbstverständlich Bestandteil des Haushalts und werde mit dem Haushalt verabschiedet. Wenngleich die CDU ihr unter den gegebenen Umständen nicht zustimmen könne, schlage er doch vor, die Liste in einer nachfolgenden Sitzung des Verkehrsausschusses zu beraten, um möglicherweise Veränderungen innerhalb der gegenseitig deckungsfähigen Positionen vornehmen zu können.

Der Ausschuß kommt einvernehmlich zu der Auffassung, daß die Vorlage 10/1915 zusammen mit dem Haushalt verabschiedet wird und daß in einem im einzelnen noch festzulegenden Verfahren auch danach noch über die Veränderung von Einzelmaßnahmen gesprochen werden kann.

Abg. Herder (SPD) spricht die in der Liste enthaltene L 81 an, deren Ausbau ihm dringend notwendig erscheine. Dagegen habe er gehört, daß der "für den Straßenbau sehr engagierte" Regierungspräsident Köln gegen diese Straße Einwendungen erhoben habe. Er bittet um eine Stellungnahme der Landesregierung.

Verkehrsausschuß
51. Sitzung

24.11.1988
the-ro

Staatssekretär Dr. Nehrling (MSWV) macht darauf aufmerksam, daß es sich bei dem Bauprogramm um eine Vorlage der Landesregierung handle, hinter der sie selbstverständlich stehe.

Leitender Ministerialrat Ketteniß (MSWV) führt dazu im einzelnen aus, die Maßnahme sei von der Landesregierung im Vertrauen darauf in das Bauprogramm 1989 aufgenommen worden, daß im nächsten Jahr entweder schon Baurecht geschaffen würde oder Grunderwerbskosten anfielen, die über den pauschalen Titel hinausgingen.

Nunmehr werde sich aber doch eine Verzögerung ergeben, weil durch die Haltung des Regierungspräsidenten und durch die Abstimmung mit den anderen Trägern öffentlicher Belange abzusehen sei, daß die Absicht des Landschaftsverbandes, für diese Straße Baurecht über einen Bebauungsplan zu schaffen, so nicht zu realisieren sei.

Der Landschaftsverband werde deswegen eine Umweltverträglichkeitsprüfung zu Ende führen, die kürzlich den Trägern öffentlicher Belange vorgestellt worden sei, darauf aufbauend eine Linienbestimmung durch das Land vornehmen lassen und dann ein Planfeststellungsverfahren durchführen. Von der Sache her werde bedauert, daß sich dieser Neubau dadurch längerfristig gestalte.

Abg. Herder (SPD) wirft die Frage auf, ob man nicht verhindern könne, was der Regierungspräsident als nachgeordnete Behörde verlange und wodurch sich der Bau dieser Strecke möglicherweise über viele Jahre verzögere.

Abg. Böse (SPD) trägt den Willen seiner Fraktion vor, daß diese Straße so schnell wie möglich gebaut werde. Es gehe um ein Erholungsgebiet, das gerade an Wochenenden von Tausenden von Fahrzeugen angefahren werde und das vernünftig angebunden werden müsse, was nur über diese Straße möglich sei.

Er bittet die Landesregierung, alles rechtlich Mögliche zu tun, um dieses Vorhaben möglichst schnell in die Wirklichkeit umzusetzen, und fragt nach der Möglichkeit, den Regierungspräsidenten bzw. den Landschaftsverband so anzuweisen, daß diese Straße mit Priorität versehen werde. - Staatssekretär Dr. Nehrling (MWSV) sagt eine diesbezügliche Prüfung zu.

Der Antrag der CDU-Fraktion, den Ansatz bei Titel 883 10 - Pauschalisierte Förderung investiver Maßnahmen der Gemeinden gemäß § 23 Abs. 1 GFG 1989 - um 20 Millionen DM zu kürzen, wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.